

 KOMMENTAR

Falscher Ukraine-Frieden, echter Furor: Warum Laschet zum Sündenbock wurde

Eine fehlende Unterschrift unter einer wirkungslosen Friedensdeklaration genügte, um Armin Laschet zur Zielscheibe einer vorschnellen Empörungswelle zu machen.



Boban Dukic

26.11.2025

 26.11.2025, 19:24 Uhr



Über Armin Laschet, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, brach plötzlich eine Empörungswelle herein.

dpa

A

rmin Laschet ist kein Mann der großen Provokation. Er ist kein politischer Sprengmeister, keiner, der aus Prinzip gegen den Wind segelt. Dass der ehemalige Kanzlerkandidat, dem einst ein Lachen im Hochwassergebiet zum

Verhängnis wurde, zur Zielscheibe einer politischen Hysterie wird, die in Deutschland mittlerweile allzu oft reflexhaft ausbricht, ist durchaus erstaunlich.

Marko Mihkelson, der Chef des Auswärtigen Ausschusses im estnischen Parlament, hatte eine Deklaration vorgelegt, die einen gerechten und dauerhaften Frieden in Europa vertritt. Als Antwort auf den US-Friedensplan, der mittlerweile bereits den Weg vom Arbeitspapier zur Makulatur gegangen ist und von einem europäischen Gegenentwurf ersetzt wurde.

Wie schnell man verdächtig wird

Bei der Deklaration handelt es sich um eine Aufzählung bekannter europäischer Standpunkte, die keine große Überraschung birgt und deren geopolitischer Nutzen über eine symbolhafte Einheitserklärung nicht hinausgeht. Unterschrieben haben die Deklaration 20 europäische Ausschussvorsitzende. Eine prominente Signatur fehlte allerdings: die vom deutschen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Armin Laschet.

Grund genug für eine neue Empörungswelle, die vor allem aus dem Lager der Grünen kam. Später sollte sich allerdings herausstellen, dass Laschets Unterschrift nicht etwa aus politischen Gründen fehlte, sondern aufgrund eines privaten Vorfalls, der ihn an dem Tag zeitlich verhinderte.

Man könnte den Fall abhaken als „Friendly Fire“ oder ein unglückliches Missverständnis. Laschets Standpunkte zur Ukraine sind allseits bekannt und entsprechen dem „geltenden“ Mainstream. Dennoch lohnt eine genauere Betrachtung, weil diese verfehlte Entrüstung viel aussagt über eine verbissene Linientreue, deren Nichtbefolgen Konsequenzen hat. Denn nicht Laschets Standpunkte haben sich verändert – die politische Kultur hat es.



„Das Scheidungspapier für die Nato“: Diskussion über Ukraine-Friedensplan bei Markus Lanz

Politik 26.11.2025



„Kontaktverbot aufgehoben“: Geben die Wirtschaftsverbände die Brandmauer zur AfD auf?

24.11.2025



Es begann bereits am Sonntag in einer Talkrunde bei Carmen Miosga. Zu Gast waren neben Laschet noch Paul Ronzheimer, der stellvertretende Chefredakteur der Bild-Zeitung, und die

Politologin Claudia Major. Zwischen jenen, die üblicherweise im geschlossenen Chor die immer gleichen Gewissheiten verkünden – dass man Putin nicht trauen kann und dass man die Ukraine stärken muss –, wagte Laschet einen kleinen Satz, der bereits verdächtig wirkte: Der amerikanische Friedensplan, so missliebig er vielen ist, könne zumindest „eine Grundlage“ sein, über die verhandelt werden kann.

Ein Satz von fast schon altmodischer diplomatischer Vernunft. Und gleichzeitig ein Sakrileg. Denn Grundlage darf heute nur sein, was in das mantrahafte Schema passt: maximaler Rückzug Russlands, maximaler Sieg der Ukraine, maximale moralische Unbedingtheit. Oder wie es der wahrscheinlich originell-ironisch gemeinte X-Post des Sicherheitsexperten Nico Lange zusammenfasst: „1-Punkt-Friedensplan: Russland kehrt in seine Grenzen zurück und bleibt dort. Danke für die Aufmerksamkeit.“ Wenn das witzig sein soll, ist zweifelhaft, ob die frierenden ukrainischen Soldaten an der zusammenbrechenden Front mitlachen.



Jens Spahn (l.) und Armin Laschet
afp

Dass Diskussionsbeiträge meistens auf dem Niveau von Wunschdenken an realen Optionen vorbeilaufen, liegt an der abverlangten gesellschaftlichen Konformität, deren Durchbrechen den nächsten Shitstorm auf sich zieht. Alles andere ist verräterisch, und die absolute Ablehnung der trumpschen Friedensinitiative – die laut Paul Ronzheimer vermutlich sogar von den Russen selbst verfasst wurde – versteht sich von selbst.

Wer auch nur den geringsten Zweifel anmeldet, zieht Misstrauen auf sich. Dass Laschet dennoch eine Gesprächsgrundlage sieht, musste also bereits am Sonntagabend mit einem gewissen Argwohn betrachtet werden.

Loyalitätsprüfung aufgrund des privaten Notfalls

Die Szene war gesetzt, die Empfindlichkeit geschärft. Und dann folgte am nächsten Tag auch noch Laschets ausbleibende Unterschrift unter eine selbstverständliche europäische Deklaration, die auf Initiative seines estnischen Amtskollegen lanciert wurde. Deutschland

reichte sich auf einmal ein mit der Slowakei und Ungarn. Ein Unding, befanden vor allem viele grüne Stimmen, und der Schuldige war natürlich schnell ausgemacht.

War Armin Laschet etwa nicht mehr auf Kurs? Agnieszka Brugger, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, schrieb auf X über die fehlende Unterschrift: „Ist er nicht einer der ersten, der darauf hinweist, dass Europa zu schwach und handlungsunfähig sei? Genau wenn Deutschland bei solchen Initiativen fehlt, sind wir schwach. So ein fataler Fehler.“



G+ Gewalt an Bahnhöfen nimmt dramatisch zu: Das sagen Berliner über das Ostkreuz

Berlin 25.11.2025



G+ EU-„Demokratieschild“: Ursula von der Leyen verschärft Kampf gegen Desinformation

Geopolitik 25.11.2025



Die sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen, Sara Nanni, war noch schärfer: „Merkt Laschet noch, was in Europa passiert und welche Verantwortung er in seiner Rolle als Ausschussvorsitzender hat? So führt man einen Kontinent nicht zusammen, liebe CDU!“

Mehr brauchte es nicht. Die Erregungsdynamik setzte ein wie ein automatischer Mechanismus. Grüne Politiker ließen kaum eine Stunde verstreichen, bevor sie öffentlich fragten, ob Laschets Abwesenheit als politisches Signal, als Abkehr von der gemeinsamen Linie, als Schwäche, als Verantwortungslosigkeit zu deuten sei.

Ein politisches Milieu im Alarmmodus

Dass Laschet zu diesem Zeitpunkt wegen eines familiären Notfalls sämtliche Termine abgesagt hatte und den Tag im Krankenhaus verbrachte, wurde später bekannt. Zu spät, um die moralische Tribunalisierung aufzuhalten, die längst in Gang gesetzt worden war.

Unter den Hauptakteuren der losgetretenen Hexenjagd waren übrigens nicht nur Grüne. Wenig überraschend, dass auch die FDP-Europaparlamentarierin Marie-Agnes Strack-Zimmermann den Auftritt bei Miosga und die fehlende Laschet-Unterschrift kritisierte. „Nach der gestrigen Sendung von Caren Miosga ist es bezeichnend, nicht überraschend, dass ausgerechnet Armin Laschet nicht mit unterschrieben hat.“ lautete ihr Kommentar auf

X.



Die wenigsten bestreiten, dass der amerikanische Friedensplan unvollkommen, lückenhaft oder einseitig ist – schon gar nicht Armin Laschet.

Markus Wächter / Waechter

Sogar CDU-Parteikollege Norbert Röttgen fühlte sich berufen, anstelle des ausbleibenden Laschets zu kommentieren, dass er die Deklaration unterstützt. Was durchaus als In-den-Rücken-Fallen verstanden werden kann. Nachdem Laschet sich selbst äußerte und seine Abwesenheit erklärt hatte, folgten zaghafte Entschuldigungen von vielen Seiten.

Es lohnt sich, innezuhalten und zu fragen, was hier eigentlich passiert ist. Ein erfahrener Außenpolitiker, der seit Jahren verlässlich jede Erklärung zur Unterstützung der Ukraine mitträgt, unterzeichnet ein Papier nicht – und sofort wird ihm Illoyalität unterstellt. Nicht weil es tatsächliche Anzeichen gäbe, dass er die Inhalte ablehnt. Sondern weil die Logik des Systems verlangt, dass jeder, der zur „richtigen Seite“ gehört, sich auch bedingungslos und ständig dazu bekennt.

Empörung ohne Strategie

Dass Laschet bereits im Sommer ein nahezu identisches Dokument unterschrieben hatte, spielte ebenso wenig eine Rolle wie der Umstand, dass er die US-Initiative nicht gefeiert, sondern lediglich als Gesprächsgrundlage bezeichnet hatte. In einer Debatte, die nur noch in Freund-Feind-Schablonen denkt, ist Mäßigung aber nicht erwünscht.

Die wenigsten bestreiten, dass der amerikanische Friedensplan unvollkommen, lückenhaft oder einseitig ist – schon gar nicht Armin Laschet. Aber der Hinweis, dass man darüber trotzdem reden müsse und dass das Papier eine Verhandlungsgrundlage sein kann, trifft den wunden Punkt: Es gibt in Europa keine eigenen Initiativen.



+ Unter Druck: Warum die Wirtschaft neu über den Umgang mit der AfD diskutiert

Politik 25.11.2025



+ Weidels Rede im Bundestag: Antifa verbieten, Rundfunkgebühren streichen

Politik 26.11.2025



Die Fähigkeit zur Diplomatie ist verkümmert. Und die Angst, ein Gespräch oder eine Abweichung könne als Schwäche interpretiert werden, blockiert jede Bewegung. Die Vorlage des hastig erarbeiteten alternativen europäischen Friedensplans, von der man im Voraus bereits weiß, dass Putin sie ablehnen wird – was mittlerweile auch geschehen ist –, beweist, dass Linientreue wichtiger ist als Realpolitik.

Der Fall Laschet ist damit kein Persönlichkeitsdrama, sondern ein Spiegel der europäischen Friedensunfähigkeit. Es gibt keinen Plan, keine Vision, keine Strategie – nur Verlautbarungen, die wiederholt werden wie Gebete. Und wehe dem, der fragt, ob diese Gebete zielführend sind – und auch wehe dem, der dies nicht tut, sondern einfach nur mal einen Tag aussetzt, aus privaten Gründen.

In einem politischen Klima, das Wunschdenken für Haltung hält, ist auch die kleinste Unstimmigkeit bereits ein Risiko. Denn wenn selbst Armin Laschet zur Projektionsfläche einer Friedenspanik wird, dann ist klar: Es kann wirklich jeden treffen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.